

2. November 2020

Anstellungsreglement zurückgewiesen

Der Einwohnerrat von Stein am Rhein verschob die Beratung zum Anstellungs- und Besoldungsreglement. Hingegen stockte er die Pensen für Schulsozialarbeit sowie Arbeitsintegration auf und sprach einen Kredit zum Bau einer Kanalisationsleitung des Pfadiheims.



Der Einwohnerrat bewilligte einen Kredit von 81 000 Franken für die Kanalisationsleitung des Pfadiheims. BILD URSULA JUNKER

Ursula Junker

STEIN AM RHEIN. Seit geraumer Zeit gab es an den Sitzungen des Einwohnerrates Stein am Rhein immer wieder Klagen wegen zu spät versandter oder fehlerhafter Vorlagen, so auch letzten Freitag. «Die Unterlagen zur Teilrevision des Anstellungs- und Besoldungsreglements sind zu spät eingetroffen», meinte Ratspräsident Claudio Götz und verschob die Beratung auf die nächste Sitzung. Auch die Geschäftsprüfungskommission wartete seit Anfang August vergeblich auf eine fehlerfreie Ausgabe des Reglements, äusserte deren Mitglied Werner Käser den Unmut des Gremiums. Eine weitere Rüge von Götz richtete sich an den Einwohnerrat. Aufgrund des Vorwurfs von Markus Vetterli (SP) an die Adresse von Stadtrat Thomas Schnarwiler (die SN berichteten) an der vorigen Sitzung des Einwohnerrates, stellte er klar, dass «nicht angebrachte Voten Richtung Stadtrat» zu unterlassen seien.

Ausführlich dokumentiert stieg der Einwohnerrat dann in die Beratung zur Aufstockung der Schulsozialarbeit von 60 auf 80 Prozent. Das Angebot werde von den Schülern eifrig genutzt, so Stadträtin Corinne Ullmann, insbesondere wenn es um Ausgrenzung, Ängste und Konflikte mit Eltern oder Lehrern gehe.

Unbürokratischer Zugang zu Hilfe

Die vorberatende Kommission steht laut Cornelia Dean (SP) hinter der Vorlage. Eine konstruktive Teamarbeit auch mit den Lehrern benötige Zeit. Leider verzeichne man in der Region einen hohen

Drogenkonsum, auch Cybermobbing und Selbstverletzungen seien alltäglich und müssten niederschwellig angegangen werden. Auch Nadja Spalinger, die für die dritte Fraktion sprach, äusserte sich zustimmend. Es sei für die Kinder wichtig, einen direkten und unbürokratischen Zugang zu Hilfe zu haben. «Wir wollen eine gute langfristige Zusammenarbeit, die die Eltern unterstützt», fasste Ruth Metzger (SVP) die Meinung der bürgerlichen Fraktion zusammen. Bei einer Enthaltung wurde der Erhöhung des Pensums und den jährlich damit verbundenen Kosten von 93 600 Franken zugestimmt.

Wiederum bei einer Enthaltung stockte der Einwohnerrat das Pensum für die Arbeitsintegration auf, ebenfalls von 60 auf 80 Prozent mit jährlichen Folgekosten von 99 000 Franken. «Wir sind erfolgreich unterwegs», stellte Ullmann eingangs fest. Insgesamt wurden 4600 Arbeitsstunden geleistet, was einem Betrag von 110 000 Franken entspricht. Mit einer Aufstockung will der Stadtrat «die Integration besser vorantreiben», so Ullmann. Dem Argument schloss sich die vorberatende Kommission an. Eine kontinuierliche Betreuung mache die Teilnehmenden des Programms anschlussfähiger für den Arbeitsmarkt. Das Projekt sei ein Erfolg für die ganze Gesellschaft, brachte Beat Leu die Meinung der dritten Fraktion zum Ausdruck. Daniel Ochsner (SVP) bezeichnete es als «wertvollen Beitrag, um im Alltag wieder Fuss fassen zu können».

«Die Pfadi sind schon lange nicht mehr an die Stadt gelangt», leitete Stadtrat Ueli Böhni in die Debatte um den Objektkredit von 81 000 Franken für die Anschlussleitung der Kanalisation ein, das sei aus Sicht des Stadtrates eine wichtige und richtige Unterstützung an die von der Pfadfinder-Abteilung geplante Sanierung des Pfadiheims im «Bächli». Böhni erinnerte an die sehr hohe Eigenleistung der Pfadi zum Projekt, wie er auch die zum Teil wiederkehrenden Leistungen zugunsten anderer Vereine erwähnte. Diese Argumente waren auch für Marcel Waldvogel bestimmend. Nach Jahrzehnten sei eine Unterstützung selbstverständlich. Werner Käser (FDP) befand, die Jugendarbeit sei wichtig für die Stadt; dem stimmte auch der parteilose Boris Altmann zu. Der Kredit wurde einstimmig genehmigt.

Anhörungsrecht verankert

Weniger einig war sich der Rat beim Anhörungsrecht für Jugendliche, das in die Geschäftsordnung des Einwohnerrates aufgenommen werden soll und dessen Büro verpflichtet, die Anliegen der Jugendlichen aufzunehmen. Das ging Waldvogel zu wenig weit. Er beantragte, das Büro des Rates zu verpflichten, die Oberstufenschüler jährlich über ihr Recht zu informieren. Der teilweisen Skepsis der bürgerlichen Fraktion stand die positive Haltung von SP und dritter Fraktion gegenüber. Daraus resultierte ein knappes Mehr für beide Anträge.

Mit der Bildung einer Kommission zum Solarstrom und dem Versprechen, eine Vorlage auszuarbeiten, sei eine positive Entwicklung eingeleitet worden, äusserte sich zwar Markus Vetterli (SP) befriedigt über das stadträtliche Vorgehen zu seinem Postulat. Es wurde denn auch abgeschrieben.

Im Rahmen «Allgemeine Umfrage» erkundigte sich René Schöffeler (FDP) nach der Verselbständigung und dem Standortwechsel der Kita. Darüber befinde der Stadtrat demnächst und gelange dann mit einer Vorlage an den Einwohnerrat. In diesem Zusammenhang erinnerte Schöffler daran, dass bereits einmal eine private Trägerschaft die Kita geführt hatte. Kostengründe führten dann dazu, sie der Stadt anzugliedern.

Thomas Schnarwiler informierte, dass die Ufermauer an der Schiffflände im östlichen Teil stärker beschädigt sei, die Arbeiten aber bis Ende November fertig seien.

Mit den Worten «Corona hat uns im Griff» kündete Stadtpräsident Sönke Bandixen an, dass das «Henkermöhli» dieses Jahr entfallen müsse. Ebenso gab er bekannt, dass innerhalb der Stadtverwaltung eine Person am Virus erkrankt sei.